
949. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 949, Punkt 2 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 1081**TAGESORDNUNG, ZEITPLAN UND ANDERE ORGANISATORISCHE
MODALITÄTEN DER HOCHRANGIGEN OSZE-KONFERENZ ÜBER
TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG (EINSCHLIESSLICH
DER ERZIEHUNG JUGENDLICHER ZU TOLERANZ UND
NICHTDISKRIMINIERUNG IM SINNE DER MENSCHENRECHTE)**

Tirana, 21. und 22. Mai 2013

I. Tagesordnung und Zeitplan**Dienstag, 21. Mai 2013**

Vormittag: Feierliche Eröffnung: Begrüßung und offizielle Eröffnung der Konferenz

Vormittag: Eröffnungsplenum

- Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung im OSZE-Raum,
Umsetzung der einschlägigen OSZE-Verpflichtungen

Teil 1: Umfassendes Konzept zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung

Vormittag: Plenarsitzung 1: Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung
einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und
aggressivem Nationalismus gegenüber jeglicher Person im
Einklang mit den bestehenden OSZE-Verpflichtungen

Nachmittag: Plenarsitzung 2: Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber
Christen und Angehörigen anderer Religionen

Nachmittag: Plenarsitzung 3: Bekämpfung von Antisemitismus

Nachmittag: Plenarsitzung 4: Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber
Muslimen

Mittwoch, 22. Mai 2013

Teil 2: Weiteres Vorgehen – die Verhütung von und der Umgang mit Intoleranz und Diskriminierung einschließlich Hassverbrechen; Förderung von gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander

Vormittag: Plenarsitzung 5: Inwieweit kann die Erziehung Jugendlicher im Sinne der Menschenrechte das Verständnis füreinander und die Achtung von Vielfalt im Einklang mit den bestehenden OSZE-Verpflichtungen fördern?

Vormittag: Plenarsitzung 6: Inwieweit können politische Führungskompetenz, Rechtssetzung und -durchsetzung, Datenerhebung und Zivilgesellschaft zur Bekämpfung und Verhütung von Intoleranz und Diskriminierung einschließlich Hassverbrechen beitragen?

Nachmittag: Schlussplenum

- Berichte der Berichtersteller der Plenarsitzungen
- Schlussfolgerungen und Empfehlungen
- Weiteres Vorgehen – Erreichtes konsolidieren und neue Herausforderungen bewältigen

II. Organisatorische Modalitäten der Konferenz

Die Konferenz findet am 21. und 22. Mai 2013 in Tirana statt.

Für die Konferenz gilt die Geschäftsordnung der OSZE. Es werden auch die Richtlinien für die Abhaltung von OSZE-Treffen (PC.DEC/762) berücksichtigt.

Den Vorsitz im Eröffnungs- und im Schlussplenum führt der Amtierende Vorsitzende der OSZE oder ein Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden.

Für jede Sitzung gibt es einen Moderator und mindestens einen Berichtersteller.

Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, hochrangige Beamte sowie erfahrene Experten für Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung zu entsenden.

Die OSZE-Institutionen werden an der Konferenz ebenso teilnehmen wie der Generalsekretär und das Sekretariat. Die Parlamentarische Versammlung und die Kooperationspartner werden ebenfalls zur Teilnahme eingeladen.

Die Teilnahme von Vertretern internationaler und regionaler Organisationen sowie anderer maßgeblicher Akteure der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen wäre wünschenswert.

Im Einklang mit den entsprechenden OSZE-Bestimmungen können Vertreter der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen an der Konferenz teilnehmen und Beiträge leisten.

Die Diskussionen in den Plenarsitzungen werden aus allen sechs Arbeitssprachen der OSZE und in diese Sprachen gedolmetscht.

Zum Eröffnungs- und Schlussplenum sind die Medien zugelassen.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Europäische Union:

„Die Europäische Union war bereit, sich dem Konsens zum Beschluss über die Tagesordnung der Hochrangigen Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung am 21. und 22. Mai 2013 in Tirana anzuschließen, da diese Tagesordnung durch die Erwähnung der Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber jeglicher Person die Behandlung jeder Form von Intoleranz und Diskriminierung ermöglicht.

Wir sind der Auffassung, dass die Abhaltung einer Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung, in deren Tagesordnung die Bekämpfung bestimmter Formen der Diskriminierung, etwa jener aufgrund des Geschlechts, der sozialen Herkunft, des Alters oder irgendeines anderen Status, wie der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität, bewusst weggelassen werden, im Widerspruch zu den erklärten Zielen dieser Konferenz und den Grundwerten der OSZE stünde, unter denen die jedem Menschen ungeachtet seiner Besonderheiten gleichermaßen innewohnende Würde eines der Grundprinzipien darstellt.

Was den für die Tagesordnung gewählten Wortlaut betrifft, bedauert die Europäische Union, dass der Titel der ersten Plenarsitzung, in der alle Formen von Diskriminierung behandelt werden sollen, vom vereinbarten Sprachgebrauch abweicht, wo doch die bestehenden Verpflichtungen von Kopenhagen (1990) aber auch von Madrid (2007), um nur zwei zu nennen, klar und eindeutig auf die Wichtigkeit der Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung aus welchem Grund auch immer verweisen.

Diese bestehenden Verpflichtungen bilden, ebenso wie die anderen seit der Schlussakte von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, die Grundlage des Mandats der OSZE zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung. Daher bringen wir ganz allgemein erneut unsere Besorgnis über die Neigung bestimmter Teilnehmerstaaten zum Ausdruck, bestehende Verpflichtungen in der menschlichen Dimension infrage zu stellen, was das umfassende Sicherheitskonzept und unsere Organisation nur schwächen kann.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem betreffenden Beschluss und dem Journal dieser Sitzung beizufügen.“

Das Beitrittsland Kroatien¹, die Bewerberländer ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien¹, Montegro¹, Island² und Serbien¹, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina sowie San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

2 Island ist weiterhin Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Herr Vorsitzender, ich möchte Ihnen den Dank der Regierung der Vereinigten Staaten für die Geduld aussprechen, mit der Sie auf einen Kompromiss hingearbeitet haben, durch den sich die Teilnehmerstaaten auf die Tagesordnung für eine hochrangige OSZE-Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung einigen konnten. Unser Dank gilt auch der Regierung Albaniens für ihr großzügiges Angebot, als Gastgeber dieser wichtigen Veranstaltung zu fungieren.

Wie wir bei zahlreichen Gelegenheiten betont haben, halten es die Vereinigten Staaten für unerlässlich, dass die Teilnehmerstaaten größere Anstrengungen unternehmen, um die OSZE besser als bisher für den Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung in all ihren hässlichen Formen zu rüsten, und die von uns eingegangenen Verpflichtungen gewissenhafter zu erfüllen. Wir meinen, dass die geplante Konferenz unsere Arbeit in diesem Bereich beflügeln und inspirieren kann.

Erlauben Sie mir gleichzeitig, die Position der Regierung der Vereinigten Staaten zum Titel der Plenarsitzung 1 der Konferenz („Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und aggressivem Nationalismus gegenüber jeglicher Person im Einklang mit den bestehenden OSZE-Verpflichtungen“) klarzustellen.

Die Bekämpfung jeder Form von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber jeglicher Person steht in voller Übereinstimmung mit den bestehenden OSZE-Verpflichtungen. Das Leitprinzip VII der Schlussakte von Helsinki besagt: „Die Teilnehmerstaaten werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der *dem Menschen innewohnenden Würde* ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen.“

Die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der dem Menschen innewohnenden Würde. Wir bedauern, dass einige Teilnehmerstaaten den Katalog von OSZE-Verpflichtungen restriktiv auslegen und der Meinung sind, dass der Acquis sich nur auf bestimmte Formen von Intoleranz und Diskriminierung bezieht und dass im Grunde nur bestimmte Kategorien von Menschen mit Würde behandelt werden müssen und nur bestimmte Kategorien von Menschen schützenswerte Rechte haben. Wir weisen diese enge Auslegung mit Nachdruck zurück.

Ich möchte darum ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.“

PC.DEC/1081
25 April 2013
Attachment 3

GERMAN
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Wir haben uns dem Konsens zum Beschluss des Ständigen Rates über die Tagesordnung und die organisatorischen Modalitäten der Hochrangigen OSZE-Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung, die am 21. und 22. Mai 2013 in Tirana stattfinden soll, angeschlossen, möchten dazu allerdings folgende Erklärung abgeben:

Wir gehen davon aus, dass bei der Konferenz Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung gegenüber jenen Kategorien von Personen behandelt werden, die Gegenstand bestehender OSZE-Verpflichtungen sind.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kriterien, anhand derer jene Art von Personen definiert wird, die der Diskriminierung ausgesetzt sind, den Bestimmungen der mit Konsens verabschiedeten OSZE-Dokumente beginnend mit der Schlussakte von Helsinki entsprechen müssen. Die ausführlichste Aufzählung dieser Kriterien samt Begründung findet sich im Beschluss des Ministerratstreffens von Laibach (2005). Die Aufnahme zusätzlicher Fragen, zu denen in der OSZE kein Konsens besteht, halten wir für kontraproduktiv.

Die Russische Föderation geht davon aus, dass auf der ersten Sitzung der Konferenz der Erörterung von Fragen betreffend die Bekämpfung von Äußerungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und aggressivem Nationalismus sowie von Neonazismus gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird, wie es Beschlüsse aus OSZE-Dokumenten vorsehen, einschließlich der Beschlüsse der Ministerratstreffen in Brüssel (2006) und Madrid (2007).

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss des Ständigen Rates sowie dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates beizufügen.“